

Grundlagen bilden / Tvoríme základy

Mandantenbrief / Mandantný list

Aktuelles aus den Bereichen Recht, Steuern und Wirtschaft in der Slowakei
Informácie z oblastí práva, daní a hospodárstva na Slovensku

Ausgabe / vydanie: September / september 2013 · www.roedl.com/sk

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Recht aktuell

- > Insolvenz in der Slowakei - Pflichten der Geschäftsführung

Steuern aktuell

- > Novelle des Einkommenssteuergesetzes
- > Beabsichtigte Änderung bei der Abgabe von Mehrwertsteuererklärungen

Wirtschaft aktuell

- > Die ab 1.1.2014 wirksame anstehende Novelle des Rechnungslegungsgesetzes

V tomto vydaní Vám prinášame:

Právo

- > Konkurz na Slovensku - povinnosti vedenia spoločnosti

Dane

- > Novela zákona o dani z príjmov
- > Pripravovaná zmena pri predkladaní daňových priznaní DPH

Hospodárstvo

- > Pripravovaná novela zákona o účtovníctve účinná od 1.1.2014

Recht aktuell

- > Insolvenz in der Slowakei – Pflichten der Geschäftsführung

Von Michal Kujan, Rödl & Partner Bratislava

In der letzten Zeit wird unsere Gesellschaft infolge mehrerer ökonomisch-wirtschaftlicher Faktoren immer öfter in Bezug auf die Pflichten der statutarischen Organe beim bereits eingetreten bzw. in naher Zukunft zu erwartenden Bankrott der Gesellschaft, sowie hinsichtlich der Suche

nach geeigneten Maßnahmen zur Abwendung des Bankrotts bzw. des drohenden Bankrotts angesprochen. Die Fragen bezüglich des Bankrotts greifen in mehrere Gebiete (nicht nur Rechtsgebiete) ein, wobei für die optimale Lösung für die jeweilige Gesellschaft diese nicht nur separat, sondern auch in gegenseitigem Zusammenhang komplex zu analysieren und auszuwerten sind. Da es nicht möglich ist, hier alle diese Gebiete komplex zu umfassen, haben wir uns bemüht, die statutarischen Organe auf die Problematik des Bankrotts im Sinne des slowakischen Rechts hinzuweisen, so dass diese Exekutivorgane grundlegende Informationen über ihre Pflichten haben, auf eine etwaige ungünstige Situation in der Gesellschaft durch passende Maßnahmen rechtzeitig reagieren und dadurch die Risiken und Haftung für etwaige Verletzung ihrer Pflichten eliminieren können.

Diese Information spiegelt die in der Slowakischen Republik zum Tag deren Ausarbeitung geltende Rechtslage wider.

Bankrott im Sinne des slowakischen Konkursgesetzes

Der Bankrott des Schuldners wird im slowakischen Gesetz Nr. 7/2005 Slg. über Konkurs und Umstrukturierung (nachfolgend nur „Konkursgesetz“) definiert, in dem auch die Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung geregelt werden.

Bankrott

Der Schuldner ist im Bankrott, wenn er zahlungsunfähig oder überschuldet ist.

Zahlungsunfähig ist derjenige, der nicht in der Lage ist, 30 Tage nach Fälligkeit zumindest zwei Geldverbindlichkeiten mehr als einem Gläubiger zu begleichen. Bei der Beurteilung der Zahlungsfähigkeit des Schuldners gelten als eine Forderung alle Forderungen, die während 90 Tagen vor der Stellung des Antrags auf Konkurseröffnung ursprünglich nur einem Gläubiger gehört haben.

Überschuldet ist derjenige, der die Buchhaltung nach einer Sondervorschrift zu führen hat, mehr als einen Gläubiger hat und der Wert seiner Verbindlichkeiten den

Wert seines Vermögens überschreitet. Bei der Festlegung des Verbindlichkeitswertes und des Vermögenswertes wird von der Buchhaltung oder von dem durch ein Sachverständigengutachten bestimmten Wert ausgegangen (Sachverständigengutachten hat Vorrang vor der Buchhaltung), unter Berücksichtigung der zu erwartenden Ergebnisse der weiteren Vermögensverwaltung ggf. zu erwartende Ergebnisse des weiteren Unternehmensbetriebs, sofern man in Bezug auf alle Umstände begründet voraussetzen kann, dass die Vermögensverwaltung oder der Unternehmensbetrieb fortsetzen kann. In den Betrag der Verbindlichkeiten wird weder der Betrag der Verbindlichkeiten, die mit der Rangrücktrittvereinbarung verbunden sind, noch der Betrag der Verbindlichkeiten, die im Konkurs in der Reihenfolge als Rangrücktrittsforderungen befriedigt würden, einbezogen.

Die Einzelheiten über die Art und Weise der Bestimmung der Zahlungsunfähigkeit und der Überschuldung werden in der Durchführungsvorschrift Nr. 643/2005 Slg. separat geregelt (z.B. was unter Finanzvermögen verstanden wird).

Wie sich aus dem Vorgenannten ergibt, der Bankrott ist ein „objektiver ökonomischer Zustand“.

Im Prinzip kann man feststellen, dass bei Zahlungsunfähigkeit es sich um „Cashflow des Schuldners“ handelt, der nicht genügend Mittel hat, seine Verbindlichkeiten ordnungsgemäß und rechtzeitig zu begleichen, wobei nicht maßgebend ist, ob er ein anderes langfristiges Vermögen besitzt, aus dem künftig seine Verbindlichkeiten beglichen werden könnten (hier ist zu bemerken, dass von der Unfähigkeit die Zahlungswilligkeit zu unterscheiden ist, z.B. der Zustand, wenn der Schuldner leisten kann, allerdings nicht bereit ist, zu leisten – d.h. insbesondere in Streitfällen). Bei Überschuldung handelt es sich vereinfacht um einen Bilanztest, bei dem verlangt wird, dass die Verbindlichkeiten des Schuldners durch sein Vermögen gedeckt werden.

Vorbeugung

Der Schuldner hat dem Bankrott vorzubeugen. Droht dem Schuldner Bankrott, hat er ohne unnötigen Verzug entsprechende und angemessene Maßnahmen zur dessen Abwendung zu treffen.

Falls dem Schuldner die Pflicht besteht, nach einer Sondervorschrift zu buchen, hat er ständig die Entwicklung seiner Finanzlage sowie den Stand seines Vermögens und seiner Verbindlichkeiten so zu überwachen, um etwaige Bankrottdrohung rechtzeitig festzustellen und Maßnahmen zu treffen, die den drohenden Bankrott abwenden werden.

Die Vorbeugungspflicht geht dem Bankrott vor und der Schuldner ist dazu im Prinzip ständig verpflichtet. Die Wichtigkeit der Vorbeugungspflicht besteht vor allem in der Bewertung, ob der Schuldner ordnungsgemäß weitere Pflichten erfüllt hat, die eintreten, wenn er bankrott wird, und zwar vor allem in der Bewertung, ob er die Pflicht

erfüllt hat, eine passende Art und Weise der Lösung des Bankrotts zu wählen, und ob er rechtzeitig die Pflicht erfüllt hat, den Antrag auf Konkurseröffnung zu stellen.

Im Zusammenhang mit dem Bankrott können allgemein vier grundlegende Lösungsansätze definiert werden:

- a) Suche und Eintritt des strategischen Partners – Investors
- b) informelle Umstrukturierung (z.B. Vereinbarung außerhalb des Umstrukturierungs- oder Konkursverfahrens, die jedoch nur Subjekte verpflichtet, die damit einverstanden sind; die einfachste und häufigste Form, z.B. in Form eines Ratenplans, also Vereinbarung zwischen dem Gläubiger und dem zahlungsunfähigen Schuldner)
- c) Umstrukturierung im Sinne des Konkursgesetzes
- d) Konkurs im Sinne des Konkursgesetzes

Die Maßnahmen zur Abwendung des Bankrotts hat daher der Schuldner ohne unnötigen Verzug zu treffen, sobald die Bankrottdrohung eintritt, d.h. es wird verlangt, dass der Schuldner an die Lösung des Bankrotts aktiv herantritt und Maßnahmen unverzüglich ergreift.

Konkurseröffnungspflicht

Der überschuldete (nicht zahlungsunfähige) Schuldner ist verpflichtet, den Antrag auf Konkurseröffnung innerhalb von 30 Tagen nachdem er über seine Überschuldung erfahren hat oder bei der Wahrung der fachlichen Sorgfalt erfahren könnte, zu stellen. Diese Pflicht hat im Namen des Schuldners ebenfalls das statutarische Organ des Schuldners oder das Mitglied des statutarischen Organs des Schuldners, der Liquidator des Schuldners oder der gesetzliche Vertreter des Schuldners.

Der **Gläubiger ist berechtigt**, den Antrag auf Konkurseröffnung zu stellen, wenn er die Zahlungsunfähigkeit seines Schuldners begründet voraussetzen kann. Die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners kann begründet dann vorausgesetzt werden, wenn der Schuldner mit der Erfüllung von mindestens zwei Geldverbindlichkeiten an mehr als einen Gläubiger über 30 Tage in Verzug ist, und wenn er durch einen dieser Gläubiger zur Bezahlung schriftlich aufgefordert wurde.

Daraus ergibt sich, dass der Schuldner nicht verpflichtet ist, den Antrag auf Konkurseröffnung wegen Zahlungsunfähigkeit zu stellen, wodurch das Gesetz die Lösung der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners auf dem Konkursweg ausschließlich an der Entscheidung des Schuldner bzw. dessen Gläubiger überlässt.

Folgen der Nichterfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Antragstellung

Vereinfacht gilt, dass der Person, die innerhalb von vier Jahren vor der Einleitung des Konkursverfahrens in der Funktion des statutarischen Organ, des Mitglieds des statutarischen Organs, des Liquidators oder des gesetzlichen Vertreters des Schuldners die Pflicht, den Antrag auf Konkurseröffnung rechtzeitig zu stellen, verletzt hat,

durch Konkurseröffnung die Verpflichtung entsteht, zugunsten der allgemeinen Masse den Betrag in Höhe des Stammkapitals des Schuldners, höchstens jedoch in Höhe des Zweifaches des gesetzlichen Mindestbetrags des Stammkapitals einer Handelsgesellschaft (d.h. bei einer GmbH den Betrag in Höhe von 10.000,- EUR), zu bezahlen. Bei mehreren Personen gilt, dass sie im Teil, in dem deren Pflicht in Bezug auf die Höhe gleich ist, verpflichtet sind, gesamtschuldnerisch zu leisten. Dieser Pflicht wird derjenige entledigt, der nachweist, dass er die Pflicht, den Antrag auf Konkurseröffnung rechtzeitig zu stellen, nicht verletzt hat, oder dass er mit fachlicher Sorgfalt gehandelt hat. Der Haftung wird ebenso derjenige entledigt, der nicht berechtigt ist, im Namen des Schuldners allein zu handeln, falls nachgewiesen wird, dass er mangels Mitwirkung von denjenigen, mit denen er gemeinsam handelt, diese Pflicht nicht erfüllen konnte, und dass er ohne unnötigen Verzug nachdem er über die Verletzung dieser Pflicht erfahren hat oder erfahren konnte, in die Urkundensammlung die Mitteilung hinterlegt hat, dass der Schuldner überschuldet ist.

Die Pflichten des Geschäftsführers sind allgemein auch in weiteren Gesetzen (z. B. HGB/Strafgesetzbuch) bestimmt. Auch bei Verletzung dieser Pflichten kann der Geschäftsführer bestraft werden (z.B. Schadenersatz, Strafverfahren).

In diesem Sinne ist es empfehlenswert, die Bankrott-Situation in der Gesellschaften ständig zu prüfen und auszuwerten. Falls Bankrott-Voraussetzungen erfüllt werden (oder bald erfüllt werden können), sind sofort die Möglichkeiten auszuwerten (Konkurs, Umstrukturierung, informelle Umstrukturierung), um das Risiko für die Geschäftsführung minimieren zu können.

Aufgrund unserer praktischen Erfahrungen mit dieser Problematik kann man festhalten, dass je eher der Bankrott/drohende Bankrott kommuniziert und gelöst wird, desto breiter sind die Lösungsansätze, und man kann den Risiken und Probleme insbesondere im Bereich der arbeitsrechtlichen Verhältnisse und auf der strafrechtlichen Ebene (z.B. Bankrottstraftaten, Begünstigung des Gläubigers, Vorenthalten von Arbeitsentgelt) vorbeugen.

Kontakt für weitere Informationen



Michal Kujan

Rechtsanwalt (SK), Associate Partner
in Zusammenarbeit mit Rödl & Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 444
E-Mail: michal.kujan@roedl.sk

Steuern aktuell

> Novelle des Einkommenssteuergesetzes

Von Peter Alföldi, Rödl & Partner Bratislava

Auf diesem Wege möchten wir Sie auf einige Aspekte der vorbereiteten Novelle des Einkommenssteuergesetzes, die ab 1.1.2014 wirksam werden sollten, aufmerksam machen. Unsere Auswahl fiel auf zwei solche Aspekte, bei denen wir eine ziemlich reale Auswirkung auf die Praxis, und zwar auf eine breitere Gruppe von Subjekten, erwarten.

Vorbereitet wird die Änderung der Definition der Betriebsstätte als solcher, wobei ein neuer Typ definiert wird, eine sog. Dienstleistungsbetriebsstätte. Es handelt sich um eine wesentliche Änderung, wobei die Slowakische Republik auch die Betriebsstätten besteuern möchte, die nicht nur, so wie jetzt, auf einen konkreten Ort der Tätigkeitsausübung gebunden sind, sondern die auch auf die Tätigkeitsausübung selbst ohne die Existenz eines dauerhaften Ortes, wo diese Tätigkeit ausgeübt wird, gebunden sein können. Grundsätzlich wird z.B. die Vornahme von Servicetätigkeiten in der Slowakischen Republik von einem ausländischen Lieferanten für verschiedene Kunden, vorgenommen, nach der neuen lokalen Regelung zur Entstehung einer Betriebsstätte führen können.

Da jedoch die Slowakei Doppelbesteuerungsabkommen mit den meisten Ländern abgeschlossen hat, ist auch auf diese Rücksicht zu nehmen. Meistens handelt es sich um „ältere“ Abkommensarten, die keine Dienstleistungsbetriebsstätte kennen. In Hinsicht auf die höhere Rechtskraft der internationalen Vorschriften wird in diesen Fällen die lokale Regulierung nicht angewandt.

Es gibt jedoch auch Länder, mit denen die Slowakei solche Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat, die die Entstehung der schon erwähnten Dienstleistungsbetriebsstätte zulassen. Es handelt sich zum Beispiel um Kroatien, aber auch um die Tschechische Republik. Gerade bei unserem westlichen Nachbarn bestehen viele recht eng verbundene unternehmerische Aktivitäten, die gewisse Komplikationen zur Folge haben könnten. Sollte ein slowakisches Subjekt von einem unabhängigen tschechischen Subjekt Dienstleistungen einkaufen, wird sich für das Subjekt mit Bestimmtheit keine Pflicht zum Steuerabzug bzw. zur anderen Sicherung der Steuer ergeben. Wahrscheinlich ist eine Meldepflicht zu erwarten, die jedoch für diesen Fall soweit gesetzlich nicht verankert wurde. Gegenwärtig besteht eine solche Pflicht nur beim Abschluss eines langfristigen Vertrags, bei welchem die Entstehung der Betriebsstätte offensichtlich ist.

Anders wird jedoch die Situation bei gruppeninternen Tätigkeiten sein, wo wahrscheinlich die Vornahme einer gewissen internen Untersuchung notwendig sein wird, um

Tätigkeiten auszuwählen, die die Entstehung der Betriebsstätte begründen würden, gefolgt von eventueller Umstrukturierung der Verfahren so, damit die Entstehung der Betriebsstätte eliminiert wird.

Der zweite Bereich, der bei seiner Anwendung eine wesentliche Auswirkung auf die Besteuerung haben wird, ist die Definition, bzw. die Änderung der Definition der Einkommensquelle bei nichtansässigen Steuerpflichtigen, d.h. der Einkommen, die die Slowakische Republik besteuern möchte. Unter bisherigen Bestimmungen ist im Falle der Veräußerung von Geschäftsanteilen durch einen Nichtansässigen deren Besteuerung an die Tatsache gebunden, an wen diese Anteile verkauft werden. Die Verpflichtung, solche Einkommen zu besteuern, ergibt sich also nur im Fall, dass das Einkommen seitens eines Ansässigen bezogen bzw. ausgezahlt wird. Hier sollte es ab 1.1.2014 eine wesentliche Änderung geben, wenn es nicht mehr von Bedeutung sein wird, ob der Anteil an einen Nichtansässigen oder Ansässigen veräußert wurde. Das Angeführte kann, jedoch muss nicht Auswirkungen auf die Aktivitäten in der Slowakischen Republik haben. Auch hier muss grundsätzlich das Vorhandensein oder Fehlen eines Doppelbesteuerungsabkommens in Betracht genommen werden. Als Beispiel würden wir Österreich und Deutschland anführen, da es wahrscheinlich die am häufigsten erwähnten Länder sind, aus denen die Gesellschafter der meisten unserer Mandanten stammen. Primär muss in beiden Fällen geprüft werden, ob das eigentliche anwendbare Doppelbesteuerungsabkommen der Slowakei das Recht zur Besteuerung solcher Arten von Einkommen zuerkennt. Grundsätzlich wird das angeführte Einkommen im Artikel Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen geregelt, wobei das Doppelbesteuerungsabkommen mit Österreich der Slowakei kein solches Recht zuerkennt. Im Falle von Deutschland ist die Lage anders und die Slowakei ist berechtigt, die Gewinne aus Veräußerung von Anteilen zu besteuern. In der Praxis bedeutet es, dass falls ein österreichischer Gesellschafter einen Anteil an einer slowakischen Gesellschaft veräußern möchte, wird die Änderung der Legislative keine Auswirkung auf diese Transaktion haben. Dieser Zustand betrifft den vorwiegenden Teil der Doppelbesteuerungsabkommen, jedoch mit Ausnahme von Deutschland, wo bei einer beabsichtigten Veräußerung die vorgehabte Akquisition noch vor Ende 2013 vorzunehmen ist, unter Berücksichtigung dessen, wann die eigentliche Übertragung wirksam wird, weil gerade dieser Zeitpunkt die Besteuerung bedingt. Selbstverständlich, sollte es sich um Übertragungen von Anteilen in Besitz von natürlichen Personen und erworben vor 1.1.2004 handeln, so gelten für die Befreiung die Ausschlussfristen noch nach dem Gesetz Nr. 366/1999 Slg. über Einkommenssteuer, d.h. ein solches Einkommen ist befreit und es wird möglich sein, es zu befreien.

Bei Anteilen in Besitz von deutschen Subjekten ist es deshalb zu erwägen, ob eventuelle gruppeninterne Übertragungen nicht so vorzunehmen sind, um der künftigen Besteuerung von Einkünften in der Slowakei vorzubeugen. Das macht selbstverständlich nur dann einen Sinn, wenn eventuelle gruppeninterne Übertragungen keine Besteue-

rung von „stillen“ Reserven in Deutschland zur Folge haben würden.

Kontakt für weitere Informationen



Peter Alföldi

Steuerberater, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: peter.alfoldi@roedl.sk

> Beabsichtigte Änderung bei der Abgabe von Mehrwertsteuererklärungen

Von Ján Beleš, Rödl & Partner Bratislava

Im Zusammenhang mit der unerfreulichen Feststellung der Regierung sowie der Kontrollbehörden der Slowakischen Republik über hohe Steuerhinterziehungen vor allem bei der Mehrwertsteuer und im Einklang mit dem Aktionsplan des Kampfs gegen Steuerbetrüge für die Jahre 2012 bis 2016, wird von der Regierung unter anderem auch eine weitere Novellierung des Gesetzes über Mehrwertsteuer vorbereitet. Auf deren Grundlage werden im Rahmen der vorgelegten MwSt-Erklärungen alle Subjekte verpflichtet sein, eine sog. elektronische Kontrollmeldung abzugeben. Bis jetzt wurden weder das Format noch der Inhalt dieser Meldung näher spezifiziert. Die Steuerverwaltungsbehörden arbeiten noch an deren Vorbereitung. Bereits jetzt möchten wir jedoch alle Mandanten auf die Tatsache hinweisen, dass diese Meldung ab dem neuen Jahr 2014 eine Pflichtanlage der Mehrwertsteuererklärung bilden sollte. Inhalt der Meldung werden mit größter Wahrscheinlichkeit alle wichtigen Angaben aus Ausgangs- sowie Eingangsrechnungen in Bezug auf die Identifikation des Geschäftspartners sein, sowie Angaben in Bezug auf den Wert des abgeschlossenen Geschäfts, anwendbare Mehrwertsteuer sowie Inhalt der Geschäftstransaktion.

Die Finanzverwaltung wird so nach Jahren einen umfangreichen Überblick über alle unternehmerischen Transaktionen gewinnen und bei Mangel an Kontrollmitarbeitern wird so in größerem Maße fähig sein, Steuerhinterziehungen aufzudecken und zu adressieren. Die Kontrollmeldung, als ein Dokument bestehend aus Informationen über bestimmte Waren- und Leistungslieferungen der Vor- sowie Ausgangssteuerzahler, stellt eine für die Finanzverwaltung spezifische Informationsquelle dar. Mittels eines automatisierten Systems für Querprüfungen der eingetragenen Angaben wird die Finanzverwaltung die Steuerprüfungen auf eine wesentlich effizientere Art und Weise

planen können. Eine Nebenauswirkung der Einführung der Kontrollmeldung sollte der Anstieg von freiwilligen Erfüllungen der Steuerpflichten der Steuerzahler sein, was sich auf die Verbesserung des Systems der Mehrwertsteuererhebung positiv auswirken sollte.

Bei Nicht-Vorlage, bzw. bei fehlerhafter Ausfüllung der Meldung werden hohe Strafen erwähnt, die bei kleineren Gesellschaften zur Liquidation führen können. Aus diesem Grund möchten wir vor allem die Gesellschaften auf diese Tatsache hinweisen, die ihre Finanzbuchführung in ausländischer Software führen, um sich auf diese Tatsache vorzubereiten und operativ vorbereitet zu sein, in ihre Software die entsprechenden Änderungen rechtzeitig zu implementieren.

Es bleibt die Frage, ob die Finanzverwaltung als solche rechtzeitig auf die Einführung dieses ihren Vorhabens vorbereitet sein wird und ob im Jahr 2014 das Vorhaben in Form der Einführung einer elektronischen Kontrollmeldung, von welcher sich die Regierung eine wesentliche Unterdrückung der Steuerbeträge und Hinterziehungen verspricht, wirklich wirksam wird.

Kontakt für weitere Informationen



Ján Beleš

Buchhalter, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: jan.beles@roedl.sk

Wirtschaft aktuell

> Die ab 1.1.2014 wirksame anstehende Novelle des Rechnungslegungsgesetzes

Von **Jaroslava Klímová, Zuzana Markovičová**, Rödl & Partner Bratislava

Das Finanzministerium der Slowakischen Republik hat den Entwurf der Novelle des Gesetzes Nr. 431/2002 Slg. über Rechnungslegung in der Fassung späterer Vorschriften (nachstehend nur „die Novelle“) für die Ressortabstimmung vorbereitet und vorgelegt. Die Wirksamkeit der Novelle ist ab den **1. Januar 2014** geplant.

Um Ihnen Übersicht über die vorbereiteten Änderungen zu bieten haben wir für Sie den folgenden Artikel vorbereitet.

Grund der Vorbereitung der Novellierung des Gesetzes ist die Implementierung der Richtlinie 2012/6/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur

Änderung und Ergänzung der Richtlinie 78/660/EWG. Ziel der Annahme von Änderungen sollte vor allem die Verringerung von Verwaltungslasten der Buchführungseinheiten und die verbesserte betriebliche Umwelt im Bereich der Buchführung sein.

Die Novelle definiert den Begriff „**Kleinstunternehmen**“. Der größte Vorteil dieser Buchführungseinheit, bezeichnet auch als Kleinstbetrieb, wird die Erstellung eines „verkürzten“ Jahresabschlusses sein (etwa 8-seitiger Abschluss) anstatt des bisherigen ordentlichen Jahresabschlusses. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung werden in verkürzter Form erstellt, der Anhang wird nur ein Mindestmaß an den von den EU-Rechtsvorschriften verlangten Angaben beinhalten. Das „Kleinstunternehmen“ wird die für Handelszwecke bestimmten Wertpapiere nicht zum Realwert bewerten.

Für ein „Kleinstunternehmen“ wird die Buchführungseinheit gehalten, die für die laufende Periode sowie Vorperiode zwei der folgenden gesetzlich festgelegten Kriterien nicht überschreitet:

- die zum Bruttowert ermittelte Bilanzsumme von 350 000 EUR,
- Nettoumsatzerlöse (d.h. Erlöse aus dem Verkauf von Erzeugnissen, Ware, gewährten Dienstleistungen und andere Erlöse im Zusammenhang mit der laufenden Tätigkeit) von 700 000 EUR und
- die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres Beschäftigten von 10.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses für die erste Buchungsperiode (ab dem Tag der Entstehung bis zum Tag der Erstellung des ersten Jahresabschlusses) kann sich die die Kriterien erfüllende Buchführungseinheit entscheiden, ob sie für ein „Kleinstunternehmen“ gehalten werden möchte. Nach der Analyse des Finanzministeriums der SR erfüllen etwa 60 % der slowakischen Buchführungseinheiten die Kriterien des „Kleinstunternehmens“.

Das bedeutet, dass der Jahresabschluss im „neuen Umfang“ auch von einer solchen Buchführungseinheit erstellt werden könnte, die bereits Geschäftstätigkeit für eine vorherige Periode ausgeübt hat. Wird sie jedoch anfangen als ein „Kleinstunternehmen“ vorzugehen und den Jahresabschluss dementsprechend zu erstellen, hat sie dieses Vorgehen solange zu befolgen, soweit sie die Bedingungen für eine solche Buchführungseinheit erfüllt. Diese Änderungen betreffen die für unternehmerische Zwecke gegründeten Buchführungseinheiten. Vereinfachungen in einem viel größeren Umfang sind für Buchführungseinheiten vorbereitet, die nicht für unternehmerische Zwecke gegründet wurden.

Eine der weiteren vorbereiteten Änderungen ist der Vorschlag zur Aufhebung der **Pflicht die Zwischenabschlüsse in das Register der Jahresabschlüsse zu hinterlegen und zugleich die Einführung der Hinterlegung der Lageberichte** aller Buchführungseinheiten. Die Novelle bestimmt die **Befreiung** von der Erstellung des

Lageberichts für Buchführungseinheiten - Organisationseinheiten (Buchführungseinheiten angeführt unter § 17a Abs. 1 Buchst. b) des novellierten Rechnungslegungsgesetzes). Diese Informationen kann der Leser künftig in den Lageberichten des Errichters der Organisationseinheit finden.

Weggelassen im Rechnungslegungsgesetz wird die gesamte Bestimmung § 21 Offenlegung von Angaben. Diese Bestimmung verliert ihre Begründung, da die Angaben über Buchführungseinheiten ab 1. Januar 2014 mittels des Registers der Jahresabschlüsse veröffentlicht werden, der die Art und Weise der Offenlegung von Jahresabschlüssen, Lageberichten und Prüfungsberichten ändert. Die mit der Offenlegung von Dokumenten verbundenen Pflichten regelt § 23.

Nähere Informationen in Bezug auf das Register der Jahresabschlüsse wurden in unserem Mandantenbrief in Juni 2013 veröffentlicht.

Derzeitig steht das Register der Jahresabschlüsse auf der Webseite www.registeruz.sk im Probelauf zur Verfügung und umfasst historische Angaben für das Jahr 2009 bis 2011. Ab 1. Januar 2014 werden Jahresabschlüsse und Lageberichte nur in dieses Register eingetragen und deren Abgabe wird kostenlos sein. Die Buchführungseinheiten werden die Jahresabschlüsse nicht an verschiedene Institutionen innerhalb verschiedener Fristen abgeben müssen.

Eine weitere vorbereitete Änderung ist eine Vereinfachung auch im Bereich der Vornahme von **Inventur**. Das Anlagevermögen wird nur einmal pro 4 Jahre und die Bargeldmittel nur zum Bilanzstichtag einer Inventur unterzogen. Die Möglichkeit einer öfteren Vornahme der Inventur steht im Ermessen der Buchführungseinheit (in Form einer internen Vorschrift der Buchführungseinheit).

Die Novelle erhöht geringfügig die Größenmerkmale, die von einer Buchführungseinheit zu erfüllen sind um einen **IFRS/EU-Einzelabschluss** erstellen zu müssen. Die Bilanzsumme sowie Nettoumsatzerlöse werden auf 170 000 000 EUR erhöht.

Wir hoffen, dass Ihnen dieser Artikel eine Übersicht über die vorbereiteten Änderungen ermöglicht hat. Bei konkreten Fragen bzw. Lösungen sind wir gerne bereit Ihnen nähere Informationen zu erteilen.

Kontakt für weitere Informationen



Jaroslava Klímová

Wirtschaftsprüferin, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: jaroslava.klimova@roedl.sk

Právo

> Konkurz na Slovensku – povinnosti vedenia spoločnosti

Michal Kujan, Rödl & Partner Bratislava

V poslednom čase je v dôsledku viacerých ekonomicko-hospodárskych faktorov naša spoločnosť častejšie dopytovaná ohľadne otázok súvisiacich s povinnosťami štatutárov pri úpadku spoločnosti, ktorý už nastal resp. je možné ho v skoršej budúcnosti očakávať a v súvislosti s hľadáním vhodných opatrení na odvrátenie úpadku resp. hroziaceho úpadku. Otázky súvisiace s úpadkom spoločnosti zasahujú do viacerých oblastí (nielen právnych), pričom na nájdenie optimálneho riešenia pre konkrétnu spoločnosť je potrebné ich komplexne analyzovať a vyhodnotiť nielen samostatne ale aj vo vzájomnej súvislosti. Keďže nie je možné v rámci tohto fóra komplexne obsiahnuť všetky tieto oblasti bolo našou snahou upozorniť štatutárne orgány na problematiku úpadku v zmysle slovenského práva, tak aby tieto výkonné orgány mali základné informácie o svojich povinnostiach, mohli včas reagovať na eventuálnu nepriaznivú situáciu v spoločnosti prijatím vhodných opatrení a tým mohli eliminovať riziká a zodpovednosť za prípadné porušenie svojich povinností.

Táto informácia odzrkadľuje právnu situáciu platnú v Slovenskej republike k dňu jej vypracovania.

Úpadok podľa slovenského zákona o konkurze

Úpadok dlžníka je definovaný v slovenskom zákone č. 7/2005 Z.z. o konkurze a reštrukturalizácii (ďalej len „Zákon o konkurze“), ktorý zároveň upravuje aj platobnú neschopnosť a predĺženie.

Úpadok

Dlžník je v úpadku, keď je platobne neschopný alebo predĺžený.

Platobne neschopný je ten, kto nie je schopný plniť 30 dní po lehote splatnosti aspoň dva peňažné záväzky viac ako jednému veriteľovi. Za jednu pohľadávku pri posudzovaní platobnej schopnosti dlžníka sa považujú všetky pohľadávky, ktoré počas 90 dní pred podaním návrhu na vyhlásenie konkurzu pôvodne patrili len jednému veriteľovi.

Predĺžený je ten, kto je povinný viesť účtovníctvo podľa osobitného predpisu, má viac ako jedného veriteľa a hodnota jeho záväzkov presahuje hodnotu jeho majetku. Pri stanovení hodnoty záväzkov a hodnoty majetku sa vychádza z účtovníctva alebo z hodnoty určenej znaleckým posudkom, ktorý má pred účtovníctvom prednosť, a prihliadne sa aj na očakávateľné výsledky ďalšej správy majetku, prípadne očakávateľné výsledky ďalšieho prevádzkovania podniku, ak možno so zreteľom na všetky okolnosti odôvodnene predpokladať, že bude možné v

správe majetku alebo v prevádzkovaní podniku pokračovať. Do sumy záväzkov sa nezapočítava suma záväzkov, ktoré sú spojené so záväzkom podriadenosti, ani suma záväzkov, ktoré by sa v konkurze uspokojovali v poradí ako podriadené pohľadávky.

Podrobnosti o spôsobe určenia platobnej neschopnosti a predĺženia samostatne upravuje vykonávací predpis č. 643/2005 Z.z. (napr. čo sa rozumie pod pojmom finančný majetok).

Ako vyplýva z vyššie uvedeného, je úpadok „objektívny ekonomický stav“.

V zásade možno konštatovať, že v prípade platobnej neschopnosti sa jedná o „cash flow dlžníka“, ktorý nemá dostatok prostriedkov na riadne a včasné vyrovnanie svojich záväzkov, pričom nie je rozhodujúce, či vlastní iný dlhodobý majetok, z ktorého by bolo možné jeho záväzky v budúcnosti uhradiť (tu treba podotknúť, že od neschopnosti sa odlišuje nechota platiť, napr. stav, keď dlžník môže plniť, avšak nie je ochotný plniť – t.j. najmä pri sporoch). Pri predĺžení ide zjednodušene o súvahový test, pri ktorom sa vyžaduje, aby záväzky dlžníka boli kryté jeho majetkom.

Prevenčia

Dlžník je povinný predchádzať úpadku. Ak dlžníkovi hrozí úpadok, je povinný prijať bez zbytočného odkladu vhodné a primerané opatrenia na jeho odvrátenie.

Ak je dlžník povinný účtovať podľa osobitného predpisu, je povinný sústavne sledovať vývoj svojej finančnej situácie, ako aj stav svojho majetku a záväzkov tak, aby mohol včas zistiť prípadnú hrozbu úpadku a prijať opatrenia, ktoré hroziaci úpadok odvrátia.

Povinnosť prevencie predchádza úpadku a dlžník je povinný ju dodržiavať v zásade neustále. Význam preventívnej povinnosti spočíva najmä v hodnotení, či dlžník riadne splnil ďalšie povinnosti, ktoré nastúpia, keď sa dostane do úpadku, a to najmä v hodnotení, či splnil povinnosť zvoliť vhodný spôsob riešenia úpadku a či splnil povinnosť podať návrh na vyhlásenie konkurzu.

V súvislosti s úpadkom existujú vo všeobecnosti štyri základné možnosti riešenia:

- hľadanie a vstup strategického partnera –investora
- neformálna reštrukturalizácia (napr. dohoda mimo reštrukturalizačného alebo konkurzného konania, ktorá však zaväzuje iba subjekty, ktoré s ňou súhlasia; najjednoduchšia a najčastejšia forma, napr. formou splátkového kalendára teda dohoda medzi veriteľom a platobne neschopným dlžníkom)
- reštrukturalizácia v zmysle zákona o konkurze
- konkurz v zmysle zákona o konkurze

Opatrenia na odvrátenie úpadku je teda dlžník povinný prijať bez zbytočného odkladu, len čo hrozba úpadku nastane, t.j. vyžaduje sa, aby dlžník pristúpil k riešeniu úpadku aktívne a prijal opatrenia bezodkladne.

Povinnosť vyhlásiť konkurz

Predĺžený (nie platobne neschopný) dlžník je povinný podať návrh na vyhlásenie konkurzu do 30 dní, od kedy sa dozvedel alebo sa pri zachovaní odbornej starostlivosti mohol dozvedieť o svojom predĺžení. Túto povinnosť v mene dlžníka má rovnako štatutárny orgán alebo člen štatutárneho orgánu dlžníka, likvidátor dlžníka a zákonný zástupca dlžníka.

Veriteľ je oprávnený podať návrh na vyhlásenie konkurzu, ak môže odôvodnene predpokladať platobnú neschopnosť svojho dlžníka. Platobnú neschopnosť dlžníka možno odôvodnene predpokladať vtedy, ak je dlžník viac ako 30 dní v omeškaní s plnením aspoň dvoch peňažných záväzkov viac ako jednému veriteľovi a bol jedným z týchto veriteľov písomne vyzvaný na zaplatenie.

Z uvedeného vyplýva, že dlžník nie je povinný podať návrh na vyhlásenie konkurzu z dôvodu platobnej neschopnosti, čím zákon riešenie platobnej neschopnosti dlžníka cestou konkurzu ponecháva výlučne na rozhodnutí dlžníka resp. jeho veriteľov.

Následky nesplnenia zákonnej povinnosti podať návrh na vyhlásenie konkurzu

Zjednodušene platí, že osobe, ktorá počas štyroch rokov pred začatím konkurzného konania vo funkcii štatutárneho orgánu alebo jeho člena, likvidátora alebo zákonného zástupcu dlžníka porušila povinnosť včas podať návrh na vyhlásenie konkurzu, vzniká vyhlásením konkurzu povinnosť zaplatiť v prospech všeobecnej podstaty sumu vo výške dlžníkovho základného imania, najviac však vo výške dvojnásobku minimálnej výšky základného imania obchodnej spoločnosti (t.j. v prípade spoločnosti s ručením obmedzeným čiastku vo výške 10.000,- EUR). Ak je takýchto osôb viac, v časti, v ktorej je ich povinnosť čo do výšky rovnaká, sú povinné plniť spoločne a nerozdielne. Tejto zodpovednosti sa zbaví ten, kto preukáže, že neporušil povinnosť včas podať návrh na vyhlásenie konkurzu alebo, že konal s odbornou starostlivosťou. Zodpovednosti sa zbaví tiež ten, kto nie je oprávnený konať v mene dlžníka samostatne, ak preukáže, že pre nedostatok súčinnosti tých, s ktorými koná spoločne, nemohol túto povinnosť splniť a že bez zbytočného odkladu, ako sa dozvedel alebo mohol dozvedieť o porušení tejto povinnosti, uložil do zbierky listín oznámenie, že dlžník je v predĺžení.

Povinnosti konateľa sú všeobecne upravené aj v ďalších zákonoch (napr. Obchodný zákonník / Trestný zákonník). Aj v prípade ich porušenia môže byť konateľ potrestaný (napr. náhrada škody, trestné konanie).

V zmysle vyššie uvedeného sa odporúča situáciu úpadku v spoločnosti neustále sledovať a vyhodnocovať. Ak dôjde k splneniu predpokladov úpadku (alebo sa ich splnenie v dohľadnej dobe predpokladá), je nutné okamžite zhodnotiť možnosti (konkurz, reštrukturalizácia, neformálna reštruktura-

lizácia) s cieľom minimalizovať riziko pre vedenie spoločnosti.

Na základe našich praktických skúseností v danej problematike sa dá ustáliť, že čím skôr sa komunikuje a rieši úpadok / hroziaci úpadok, tým sú možnosti riešenia zväčša širšie a je navyiac možné predchádzať rizikám a problémom súvisiacich najmä s oblasťou pracovno-právnych vzťahov a trestnoprávnou rovinou (napr. úpadkové trestné činy, zvýhodňovanie veriteľa, nevyplatenie mzdy).

Kontakt pre ďalšie informácie



Michal Kujan
Advokát (SK), Associate Partner
v spolupráci s Rödl & Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 444
E-mail: michal.kujan@roedl.sk

Dane

> Novela zákona o dani z príjmov

Peter Alföldi, Rödl & Partner Bratislava

Chceli by sme touto cestou upozorniť na niektoré aspekty pripravovanej novely zákona o dani z príjmov, ktoré by mali byť účinné počnúc 1.1.2014. Zamerali sme sa na dva, u ktorých očakávame pomerne reálny vplyv v praxi a to na širšiu skupinu subjektov.

Pripravuje sa zmena definície samotnej stálej prevádzkarne, kde sa zadefinuje nový typ tzv. „službovej“ stálej prevádzkarne. Jedná sa o zásadnú zmenu, kedy slovenská republika bude chcieť zdaňovať aj stále prevádzkarne, ktoré nebudú viazané na konkrétne miesto výkonu činnosti tak, ako tomu je aj v súčasnosti, ale naopak môžu byť viazané aj na samotný výkon činnosti bez existencie trvalého miesta, z ktorého je táto činnosť vykonávaná. V zásade napríklad výkon servisných činností rôznym klientom realizovaný zahraničným dodávateľom v SR už bude môcť podľa lokálnej regulácie viesť ku vzniku stálej prevádzkarne.

Nakoľko však Slovensko má uzatvorené zmluvy o zamedzení dvojitého zdanenia s väčšinou krajín, je potrebné prihliadať aj na tieto. Väčšinou sa jedná o „staršie“ typy zmlúv, ktoré „službovú“ stálu prevádzkareň nepoznajú.

Vzhľadom na vyššiu právnu silu medzinárodných noriem

sa v týchto prípadoch lokálna regulácia nebude aplikovať.

Existujú však aj štáty, s ktorými Slovensko uzatvorilo zmluvy o zamedzení dvojitého zdanenia, ktoré povoľujú vznik už uvedenej „službovej“ stálej prevádzkarne. Jedná sa napríklad o Chorvátsko, ale aj o Českú republiku. Práve v prípade našich západných susedov existujú mnohé pomerne tesné podnikateľské aktivity, ktoré môžu mať za následok určité komplikácie. V prípade, ak slovenský subjekt nakúpi služby od nezávislého českého subjektu, nevyplynie mu s určitou žiadna povinnosť vykonať zrážku dane resp. zabezpečiť daň iným spôsobom. Je pravdepodobné, že vyplynie určitá oznamovacia povinnosť, ktorá zatiaľ pre tento prípad nie je legislatívne zakotvená. Táto v súčasnosti existuje iba v prípade uzatvorenia dlhodobého kontraktu, kedy je zrejme, že stála prevádzkareň vznikne.

Odlíšna však bude situácia v prípade činností realizovaných v rámci skupiny, kedy bude pravdepodobne nevyhnutné interne vykonať určitú analýzu tak, aby sa vytypovali činnosti, ktoré by vznik stálej prevádzkarne založili a následne pristúpili k prípadnej reštrukturalizácii procesov tak, aby sa vznik stálej prevádzkarne eliminoval.

Druhou oblasťou, ktorá bude mať v prípade jej aplikácie zásadný dopad na zdanenie je definícia, resp. zmena definície zdroja príjmov v prípade daňovníkov nerezidentov, teda príjmov, ktoré chce Slovenská republika zdaňovať. V rámci doterajšej regulácie je v prípade scudzenia obchodných podielov realizovaných nerezidentom ich zdanenie viazané na skutočnosť, komu sa tieto predávajú. Povinnosť zdaňovať takéto príjmy vyplýva iba v prípade, ak príjem plynie resp. je vyplácaný zo strany rezidenta. Tu by malo dôjsť počnúc 1.1.2014 k zásadnej zmene, kedy už nebude podstatné, či je podiel scudzený nerezidentovi alebo rezidentovi. Uvedené môže, ale aj nemusí mať dopad na aktivity v SR. Aj tu je v zásade potrebné prihliadať na existenciu či neexistenciu zmluvy o zamedzení dvojitého zdanenia. Ako príklad by sme uviedli Rakúsko a Nemecko, ako asi najfrekventovanejšie krajiny, z ktorých sú spoločníci väčšiny našich klientov. Primárne treba v oboch prípadoch preveriť, či samotná príslušná zmluva o zamedzení dvojitého zdanenia Slovensku priznáva právo zdaňovať takéto druhy príjmov. V zásade je predmetný príjem regulovaný v rámci článku zisky zo scudzenia majetku, kedy Zmluva o zamedzení dvojitého zdanenia s Rakúskom Slovensku predmetné právo nepriznáva. V prípade Nemecka je situácia odlišná a Slovensko má právo zisky zo scudzenia podielov zdaňovať. V praxi to znamená, že v prípade ak by rakúsky spoločník chcel scudziť podiel na slovenskej spoločnosti, nebude mať na túto transakciu legislatívna zmena žiaden dopad. Uvedený stav sa týka prevažnej väčšiny zmlúv o zamedzení dvojitého zdanenia avšak s výnimkou Nemecka, kde je v prípade zamýšľaného scudzenia potrebné predmetnú akvizíciu realizovať ešte pred koncom roka 2013, pričom je potrebné si uvedomiť, kedy je samotný prevod účinný, lebo práve tento moment podmieni zdanenie. Samozrejme pokiaľ sa jedná o prevody podielov vlastnených fyzickými osobami nadobudnutých pred 1.1.2004, platia prekluzívne lehoty

na oslobodenie ešte podľa zákona č.366/1999 Z.z. o dani z príjmov, tzn. takýto príjem je aj bude možné oslobodiť.

V prípade podielov vlastnených nemeckými subjektmi je preto na zváženie, či nerealizovať príslušné prevody v rámci skupiny tak, aby sa v budúcnosti zamedzilo zdaneniu príjmov na Slovensku. Uvedené má samozrejme zmysel iba vtedy, ak by prípadný prevod v rámci skupiny nevyvolal zdanenie „tichých“ rezerv v Nemecku.

Kontakt pre ďalšie informácie



Peter Alföldi

Daňový poradca, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: peter.alfoldi@roedl.sk

> Pripravovaná zmena pri predkladaní daňových priznaní DPH

Ján Beleš, Rödl & Partner Bratislava

V súvislosti s neradosným konštatovaním vlády i kontrolných orgánov SR o vysokých daňových únikoch hlavne pri dani z pridanej hodnoty a v súlade s Akčným plánom boja proti daňovým podvodom na roky 2012 až 2016, pripravuje vláda okrem iného i ďalšiu novelizáciu zákona o DPH. Na jej základe budú v rámci podaných daňových priznaní DPH všetky subjekty povinné odovzdať tzv. elektronický kontrolný výkaz. Jeho formát i obsah doteraz nebol presne špecifikovaný. Na jeho príprave ešte pracujú orgány daňovej správy. Už v tomto období však chceme upozorniť všetkých mandantov, že tento výkaz má byť od nového roku 2014 povinnou prílohou daňového priznania DPH. S najväčšou pravdepodobnosťou obsahom výkazov budú všetky dôležité údaje z vydaných a prijatých faktúr týkajúce sa identifikácie obchodného partnera, ako aj údaje týkajúce sa výšky realizovaného obchodu, príslúchajúcej dane z pridanej hodnoty, ako aj obsahu obchodnej transakcie.

Finančná správa takto získa po rokoch komplexný prehľad o všetkých podnikateľských transakciách a pri nedostatku kontrolných pracovníkov tak vo väčšej miere bude vedieť odhaľovať a riešiť daňové úniky. Kontrolný výkaz, ako dokument obsahujúci informácie o vymedzených dodávkach tovarov a služieb platiteľov dane pri vstupe i výstupe, predstavuje špecifický zdroj informácií pre finančnú správu. Prostredníctvom automatizovaného systému krížovej kontroly v ňom uvedených údajov bude finančná správa vedieť podstatne efektívnejším spôsobom plánovať daňové kontroly. Sprievodným efektom

zavedenia kontrolného výkazu by malo byť zvýšenie dobrovoľného plnenia daňových povinností platiteľov dane, čo by sa malo pozitívne prejavovať v zlepšení systému vyberania dane z pridanej hodnoty.

V prípade nepredloženia, prípadne pri chybnom vyplnení výkazu sa spomínajú vysoké pokuty, ktoré pri menších spoločnostiach môžu byť likvidačné. Z toho dôvodu chceme na uvedenú skutočnosť upozorniť predovšetkým spoločnosti, ktoré si vedú finančné účtovníctvo na zahraničných software programoch, aby sa pripravili na túto skutočnosť a boli operatívne pripravení zrealizovať vo svojich programoch včas tieto zmeny.

Otázkou zostáva či samotná finančná správa bude včas pripravená na zavedenie tohto svojho zámeru a či skutočne v roku 2014 vstúpi do účinnosti zámer v podobe zavedenia elektronického kontrolného výkazu od ktorého si vláda sľubuje výrazné potlačenie daňových podvodov a únikov.

Kontakt pre ďalšie informácie



Ján Beleš

Účtovník, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: jan.beles@roedl.sk

Hospodárstvo

> Pripravovaná novela zákona o účtovníctve účinná od 1.1.2014

Jaroslava Klímová, Zuzana Markovičová, Rödl & Partner Bratislava

Ministerstvo financií Slovenskej republiky pripravilo a predložilo na medzirezortné pripomienkové konanie návrh novely zákona č. 431/2002 Z. z. o účtovníctve v znení neskorších predpisov (ďalej len „novela“). Účinnosť novely je naplánovaná od **1. januára 2014**.

Pre získanie prehľadu o pripravovaných zmenách sme pre Vás pripravili nasledovný článok.

Dôvodom prípravy novelizácie zákona je zapracovanie smernice Európskeho parlamentu a Rady Európskej únie 2012/6/EÚ zo 14. marca 2012, ktorou sa mení a dopĺňa smernica Rady Európskej únie 78/660/EHS. Cieľom prijatia zmien má byť najmä zníženie administratívnej záťaže účtovných jednotiek a zlepšenie podnikateľského prostredia v oblasti účtovníctva.

V novele je definovaný pojem „**mikro účtovná jednotka**“. Hlavnou výhodou tejto účtovnej jednotky, označovanej aj ako malý podnikateľ, bude zostavovanie „skrátenej“ účtovnej závierky (približne 8 stranová závierka) namiesto doterajšej riadnej účtovnej závierky. Súvaha a výkaz ziskov strát sa zostavuje v skrátenej forme, poznámky budú obsahovať len minimum údajov, ktoré požaduje legislatíva EÚ uvádzať. „Mikro účtovná jednotka“ nebude oceňovať cenné papiere na obchodovanie reálnou hodnotou.

Za „mikro účtovnú jednotku“ bude považovaná účtovná jednotka, ktorá za bežné aj za bezprostredne predchádzajúce účtovné obdobie neprekročí dve zo zákonom stanovených kritérií:

- suma majetku zistená zo súvahy v brutto ocenení bude menej ako 350 000 EUR,
- čistý obrat (t.j. výnosy z predaja výrobkov, tovarov, poskytnutých služieb a iné výnosy súvisiace s bežnou činnosťou) budú menej ako 700 000 EUR a
- priemerný prepočítaný počet zamestnancov počas účtovného obdobia nepresiahne 10.

Pri zostavovaní účtovnej závierky za prvé účtovné obdobie (odo dňa vzniku, k dátumu zostavenia prvej účtovnej závierky) sa môže účtovná jednotka spĺňajúca kritériá rozhodnúť, či sa bude považovať za „mikro účtovnú jednotku“. Podľa analýzy Ministerstva financií SR približne 60 % slovenských účtovných jednotiek spĺňa kritériá pre „mikro účtovné jednotky“.

To znamená, že účtovnú závierku by mohla zostavovať v „novom rozsahu“ aj taká účtovná jednotka, ktorá už má za sebou činnosť aj za predchádzajúce účtovné obdobia. Ak však začne postupovať a zostavovať účtovnú závierku ako „mikro účtovná jednotka“, musí tento postup dodržať do času, kým spĺňa podmienky pre takúto účtovnú jednotku. Tieto zmeny sa týkajú účtovných jednotiek zriadených na podnikanie. Zjednodušenia v oveľa väčšej miere sú pripravené pre účtovné jednotky, ktoré neboli zriadené na účely podnikania.

Ďalšou pripravovanou zmenou je návrh zrušenia **povinnosti ukladať do registra účtovných závierok priebežné účtovné závierky** a zavedenie **ukladania výročných správ** všetkých účtovných jednotiek. Novela ustanovuje **oslobodenie** od zostavenia **výročnej správy** pre účtovné jednotky – organizačné zložky (účtovné jednotky uvedené v § 17a ods. 1 písm. b) novelizovaného zákona o účtovníctve). Tieto informácie nájde čitateľ v budúcnosti vo výročných správach zriaďovateľa organizačnej zložky.

Zo zákona o účtovníctve sa vypúšťa celé ustanovenie § 21 Zverejňovanie údajov. Tento paragraf stráca opodstatnenie, nakoľko údaje o účtovných jednotkách budú od 1. januára 2014 zverejňované prostredníctvom registra účtovných závierok, ktorý mení spôsob zverejňovania účtovných závierok, výročných správ a správ audítora. Povinnosti spojené so zverejňovaním dokumentov upravuje § 23.

Bližšie informácie týkajúce sa registra účtovných závierok boli zverejnené v našom Mandantom liste vydanom v júni 2013.

V súčasnosti je register účtovných závierok sprístupnený na adrese **www.registeruz.sk** v testovacej prevádzke a zahŕňa historické údaje za roky 2009 až 2011. Od 1. januára 2014 budú účtovné závierky a výročné správy dopĺňané iba do tohto registra a ich podanie bude bezplatné. Účtovné jednotky nebudú musieť predkladať účtovné závierky rôznym inštitúciám v rozličných lehotách.

Ďalšou pripravovanou zmenou je zjednodušenie aj v oblasti vykonania **inventarizácie**. Dlhodobý majetok sa bude inventarizovať len raz za 4 roky a peňažné prostriedky v hotovosti len ku dňu, ku ktorému sa zostavuje účtovná závierka. Možnosť vykonávať inventarizáciu častejšie je ponechaná na rozhodnutí účtovnej jednotky (prostredníctvom vnútorného predpisu účtovnej jednotky).

Novela mierne zvyšuje veľkostné podmienky, ktoré ak účtovná jednotka splní, musí zostavovať **individuálnu účtovnú závierku podľa IFRS/EÚ**. Celková suma majetku aj čistý obrat sa zvyšuje na 170 000 000 EUR.

Veríme, že uvedený článok Vám priniesol prehľad o pripravovaných zmenách. V prípade konkrétnych otázok alebo riešení Vám radi poskytneme bližšie informácie.

Kontakt pre ďalšie informácie



Jaroslava Klímová

Audítorka, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: jaroslava.klimova@roedl.sk

Tvoríme základy

„Naše znalosti tvoria základ nášho poradenstva. Na nich spolu s našimi mandantmi stavíme.“

Rödl & Partner

„Naše jedinečné ľudské veže môžu vyrásť len vtedy, ak majú pevný základ.“

Castellers de Barcelona



„Každý jednotlivec je dôležitý“ - u Castellers a u nás.

Ľudské veže jedinečným spôsobom symbolizujú podnikovú kultúru spoločnosti Rödl & Partner. Stelesňujú našu filozofiu súdržnosti, vyváženosti, odvahy a tímového ducha. Znázorňujú rast z vlastných síl, ktorý urobil zo spoločnosti Rödl & Partner to, čím je dnes.

„Força, Equilibri, Valor i Seny“ (sila, stabilita, odvaha a rozum) je katalánske heslo všetkých Castellers, ktoré veľmi výstižne vyjadruje ich základné hodnoty. Toto heslo oslovilo aj nás a charakterizuje našu mentalitu. Preto spoločnosť Rödl & Partner v máji 2011 nadviazala spoluprácu s Castellers de Barcelona - predstaviteľmi tejto dlhoročnej tradície stavania ľudských veží, ktorí spolu s inými stelesňujú toto duchovné kultúrne dedičstvo.

Impressum

Mandantenbrief, Ausgabe September 2013
Mandantný list, vydanie september 2013

Herausgeber/ Vydáva:

Rödl & Partner Bratislava
Lazaretská 8, 811 08 Bratislava
Tel.: + 421 (2) 57 200 411 | www.roedl.com/sk

Verantwortlich für den Inhalt/ Zodpovedný za obsah:**Bereich Recht/Oblasť Právo**

JUDr. Maroš Tóth, MBA – maros.toth@roedl.sk

Bereich Steuern, Wirtschaft/Oblasť Dane, Hospodárstvo

Mikuláš Ivaško – mikulas.ivasko@roedl.sk

Layout/Satz:

Rödl & Partner
Angelika Gál – angelika.gal@roedl.sk

Tento Mandantný list je nezáväznou informačnou publikáciou a slúži na všeobecné informačné účely. Nepredstavuje právne, daňové ani podnikové poradenstvo a nenahrádza individuálne poradenstvo. Pri spracovaní Mandantného listu a informácií v ňom obsiahnutých sa Rödl & Partner neustále snaží o maximálnu dôslednosť, nepreberá však zodpovednosť za správnosť, aktuálnosť a úplnosť informácií. Nakoľko sa tu obsiahnuté informácie nezaoberajú konkrétnymi situáciami jednotlivcov alebo právnických osôb, mal by mandant v konkrétnom prípade požiadať o poskytnutie poradenstva. Rödl & Partner nepreberá zodpovednosť za rozhodnutia, ktoré čitatelia urobia na základe tohto Mandantného listu. Naši poradcovia sú Vám radi k dispozícii.

Celý obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete je duševným vlastníctvom Rödl & Partner a spadá pod ochranu autorských práv. Užívateľia môžu obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete sťahovať, tlačíť alebo kopírovať len pre vlastnú potrebu. Na akékoľvek zmeny, rozmnožovanie, rozširovanie alebo verejné prezentovanie tohto obsahu alebo jeho častí, či už online alebo offline, je potrebný predchádzajúci písomný súhlas spoločnosti Rödl & Partner.